

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.05.2023

Inhalt

EWN

1 LNG-Terminal: Anwalt von Binz setzt auf Verzögerungstaktik <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.05.2023</i>	3
2 LNG-Politik: „Rügener enttäuscht <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 24.05.2023</i>	4
3 Leser fordern Strategie für Ausbau erneuerbarer Energien <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.05.2023</i>	6
4 1500 Teilnehmer für Lubminer Demo angemeldet <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 24.05.2023</i>	7
5 Saunagang am Abklingbecken <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.05.2023</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.05.2023 | S. 1

📄 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

👤 Andreas Meyer, Mathias Otto

TROTZ „JA“ DES BUNDESKABINETTS

LNG-Terminal: Anwalt von Binz setzt auf Verzögerungstaktik

Gemeinden an der Rügener Bäderküste bereiten Klage gegen Habecks Gas-Projekt vor

Das Kabinett hat bereits Ja gesagt, der Bundestag soll noch vor der Sommerpause „grünes Licht“ geben. Doch die Gegner des geplanten LNG-Terminals auf der Insel Rügen geben sich nicht geschlagen, wollen mit einem prominenten Anwalt gegen das Projekt vorgehen. Dr. Reiner Geulen soll die Gemeinden auf der Insel Rügen - unter anderem das Ostseebad Binz - vertreten. Sein Plan: eine Verzögerungstaktik.

„Sollte das Terminal in Mukran wirklich genehmigt werden, werden wir auf einen Baustopp klagen. Und dafür sehe ich auch gute Chancen“, sagte Geulen der OZ: „Der Bund argumentiert damit, dass der Bau wichtig ist, um im Winter 2023/2024 eine Gas-Mangellage zu verhindern. Aber bis zum Winter wird das Terminal gar nicht in Betrieb sein können.“

Geulen ist Partner in einer der renommiertesten Umwelt-Kanzleien Deutschlands: Geulen & Klingner setzte etwa vor dem Bundesverwaltungsgericht durch, dass Städte und Gemeinden Fahrverbote für Diesel-Autos verhängen müssen, wenn die Stickoxid-Belastung zu hoch ist. Nun soll er das LNG-Terminal stoppen. Der Anwalt sagt: Das LNG-Beschleunigungsgesetz schränke zwar Einspruchsmöglichkeiten ein, verhindere sie aber nicht gänzlich. „Vor allem das Ostseebad Binz wird von dem Projekt in hohem Maße betroffen sein - und hat natürlich einen Anspruch auf Schutz seiner Rechte. Der Gemeinde eine derart große Anlage quasi vor die Haustür zu

bauen, geht nur, wenn wirklich eine besondere Notlage besteht.“ Genau das ist der für ihn der Punkt: Denn Geulen bezweifelt, dass es diese Not noch geben wird, wenn die Anlage fertiggestellt ist.

Deshalb will er auf Zeit spielen: „Nach den uns vorliegenden Fakten wird das Terminal frühestens Anfang 2024 in Betrieb gehen können - vermutlich nach dem Winter. Dann aber kann die Lage schon eine ganze andere sein. Eine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht würde Jahre dauern, in der Zeit könnte der Bund Fakten schaffen.“ Auf einen Baustopp zu klagen, das sei daher zielführender, sagt Geulen.

Finn Viehberg, Leiter des Ostseebüros der Umweltschutz-Organisation WWF in Stralsund, hält die Argumentation des Bundes ebenfalls für angreifbar: So würden Tschechien und die Slowakei über die bestehenden LNG-Terminals in Polen versorgt. „Mukran mit gerade mal fünf bis zehn Milliarden Kubikmetern braucht es dafür nicht.“ Aber: Die Hoffnungen des WWF ruhen nicht auf Gerichten, sondern auf Schwerin: „Wenn das Land das Terminal nicht will, wird es das Projekt nicht geben“, so Viehberg. Das hätte der Bund so klargestellt. „Und außerdem müssen Landesbehörden es genehmigen.“

Die Bürgervereinigung „Zukunft Sellin“ will mit einer Unterschriftenaktion ein Bürgerbegehren gegen das Flüssigerdgas-Terminal im Hafen Mukran organisieren.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 24.05.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.653 | Reichweite: 20.202

👤 Mathias Otto, Andreas Meyer

DEBATTE ÜBER FLÜSSIGERD GAS

LNG-Politik: „Rüganer enttäuscht

Mehr als 200 Besucher kamen zum Bürgerforum nach Binz / Einheimische frustriert über derzeitige Lage

Enttäuscht von der Regierung, enttäuscht von den Politikern, enttäuscht davon, was sie in Berlin beschließen: Wer am Dienstagabend nach Binz zum Bürgerforum gekommen ist - gezählt wurden mehr als 200 Menschen -, wollte ihren Unmut kundtun. Seit Wochen gibt es auf der Insel kein anderes Gesprächsthema als LNG. Mit jedem Tag scheint der Frust auf Rügen größer zu werden. „Besonders nach den Nachrichten aus Berlin, die uns letzte Woche erreicht haben. Auch wenn man uns wie heute Mut machen möchte: Ich habe nicht das Gefühl, das wir überhaupt eine minimale Chance haben, gehört zu werden“, sagt Besucher Manuel Kaiser. Das Bundeskabinett hatte vergangene Woche entschieden, das geplante Terminal in Mukran in das sogenannte LNG-Beschleunigungsgesetz aufzunehmen.

Über das Thema LNG sprechen, ohne emotional zu werden, kann Peter Hennings nicht mehr. Mit jeder neuen Meldung aus Berlin werde er zorniger, wie er sagt. „Wenn ich als Regierung ein LNG-Terminal vor Rügen durchdrücken will, muss ich wenigstens den Mumm haben, es den Leuten ins Gesicht zu sagen. Hinter verschlossenen Türen wie kürzlich in Binz kann jeder. Und selbst da waren Kanzler Scholz und Vizekanzler Habeck nicht ehrlich zu den Menschen“, meint er. Von der großen Politik sei er enttäuscht.

Umso beeindruckender findet er den Widerstand auf der Insel Rügen. „Er wird immer größer, immer mehr Menschen schließen sich ihm an und kämpfen um ihre Heimat“, sagt der Rentner. Über die Hälfte der Bevölkerung auf Rügen habe mittlerweile erkannt, welche Gefahren durch dieses LNG auf uns zukommen könnten. So schätzt es Wolfgang Kannengießner von der Bürgerinitiative Lebenswertes Rügen ein, die Mit-Gastgeber an diesem Abend war. „Unsere Veranstaltungen und auch Demonstrationen haben dazu geführt, dass mehr Kenntnisse bei der Bevölkerung da sind“, sagt er.

Bürgervereinigung will Bürgerentscheid gegen Terminal

Die Initiative „Zukunft Sellin“ will mit einer Unterschriftenaktion ein Bürgerbegehren gegen das geplante Flüssigerdgas-Terminal im Hafen Mukran auf Rügen organisieren. „Wir möchten damit die Gemeinderatsbeschlüsse, die sich mit diesem Thema befasst hatten, durch einen Bürgerentscheid unterstützen“, teilte die Gruppe am Dienstag mit. Sie fordern von der Bundesregierung, ihre Pläne für ein LNG-Terminal auf Rügen komplett aufzugeben. Andere Gemeinden auf der Insel hatten ähnliche Pläne geäußert.

Leitung verläuft durch mehrere Schutzgebiete

Beim Treffen in Binz kamen Fachleute zusammen, die sich gezielt mit diesem Thema befassen, unter anderem Vertreter von der Deutschen Umwelthilfe (DUH), WWF, Meeresschutzexperten und Anwälte. Das Ziel: Viele Fragen und Sorgen sammeln und anschließend an die zuständigen Planungs- und Genehmigungsbehörden weiterleiten und die Beantwortung der Fragen einzufordern.

Allein aus naturschutzrechtlicher Sicht sei es schwierig, das LNG-Projekt vor Rügen umzusetzen. Wie Leonie Nikrandt, Meeresschutzexpertin beim Naturschutzbund (Nabu) sagt, befinden sich in diesem Bereich die Greifswalder Boddenrandschwelle oder die westliche Pommersche Bucht - alles Natura-2000-Schutzgebiete. Um aber von Lubmin nach Mukran mit einer Pipeline zu kommen, müssen diese Gebiete gequert werden, sagt sie. „Dies werde ich nicht hinnehmen und immer wieder für die Natur einspringen.“

„Unsere Speicher sind gefüllt“

Neben Einheimischen kamen am Dienstag auch vie-

le Unterstützer aus anderen Regionen nach Binz, wie Norbert Protz von der Bürgerinitiative Lebensraum Vorpommern von der Nachbarinsel Usedom. Er hat sich genau informiert, weiß, dass der betroffene Bereich Heringslaichgebiet ist und dass es keinen Nachweis für den Bedarf eines neuen Terminals gibt. „Es gibt andere LNG-Terminals in anderen europäischen Ländern, die gar nicht ausgelastet sind, etwa in Spanien“, meint er.

Norbert Pralow kommt aus Brunsbüttel. Dort befindet sich bereits ein LNG-Terminal. „Das bedeutet für diese Region viel Licht und viel Lärm“, sagt er. Aus seiner Sicht ist der Bedarf an Energie gedeckt. „Unsere Erdgasspeicher sind gefüllt wie sonst niemals zuvor. Der Bau eines LNG-Terminals vor Rügen wäre deshalb eine Investition in die falsche Richtung. Wir sollten das Geld lieber in erneuerbare Energien investieren und nicht in fossile Energien“, sagt er.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.05.2023 | S. 6 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189 Juliane Lange

LESERDEBATTE

Leser fordern Strategie für Ausbau erneuerbarer Energien

Zwangsstopp für Windräder: Millionen Kilowattstunden Öko-Strom gehen verloren

Seit Jahren schon ist das Stromnetz in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch im Nachbarbundesland Schleswig-Holstein, überlastet. Windkraftanlagen erzeugen hier wie dort immer mehr Energie, doch die Stromleitungen reichen nicht aus, um sie von den Windparks ins Hochspannungsnetz weiterzuleiten. Immer häufiger schalten Netzbetreiber daher Rotoren ab - sogar an besonders windreichen Tagen. Die verhinderte Einspeisung ins Netz und überhaupt die Hindernisse beim Ausbau der Windkraft in Deutschland sind Thema einer Leserdebatte.

Dass der Öko-Strom nicht genutzt werden kann, thematisiert gleich zu Beginn OZ-Leser Otto Dibelius. Erwartbar bemängelt dieser die fehlende „Netzinfrastruktur und die Weiterleitung des erzeugten Stroms in den Süden der Republik.“ Zum Zwangsstopp äußert sich auch Bernd Sturzrehm: „Interessantes Konzept. Viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, ohne Speicherkapazitäten zu besitzen. Zurzeit können in Deutschland nur über zwei Pumpspeicherwerke circa 40 Gigawatt an Energie werden gespeichert. Das reicht im Ernstfall für 20 Minuten, um die Grundlast zu versorgen.“ Stefan Murx betont: „Wir sind nicht nur hinterher bei den Speichern. Was bringt es denn, wenn wir im Süden neue Pumpspeicher bauen, aber der Strom dafür keinen Weg hat?“ Boris Westermann resümiert: „Nicht nur beim Ausbau der Windenergie wurde gepennt.“

Michel von Fuchswalkstein erinnert daran, dass Rohstoffe für Windkraft- und auch Solaranlagen aus China und Russland kämen. „Dank der Globalisierung

hat man die verarbeitende Industrie hier plattgemacht und schön nach Fernost ausgelagert. Außerdem fehlt in der Bevölkerung die Akzeptanz für große Solarparks und Windkraftanlagen. Von der Versiegelung der Flächen spreche ich noch nicht mal.“

Trotz der genannten Hürden betont Leser Sven Gudd, dass es dennoch kein Weiter-So geben könne. Stattdessen, so Gudd, „wird es immer mehr Windräder und Solaranlagen geben. Und es wird dabei keine Rolle spielen, welche Partei man wählt oder gewählt hat, denn alle Parteien unterliegen den gleichen Zwängen - der Sicherung der Energieversorgung zu einem bezahlbaren Preis. Und wären wir nicht so bequem gewesen, ständen wir mit viel mehr Windrädern und Überlandverbindungen deutlich besser da. Nun müssen wir handeln und dürfen uns nicht wieder verzetteln, weil der eine oder andere glaubt, dass ein Windrad gefühlt fünf Meter zu dicht am eigenen Häuschen steht oder die schöne Aussicht blockiert.“

Dass der stockende Netzausbau auch finanziell weitreichende Folgen hat, offenbarten zuletzt die bekannt gewordenen Zahlungen in Rekordhöhe für „weggeworfene“ Energie, mit denen die Stromproduzenten entschädigt werden. Die beliefen sich auf einen Höchststand von 807 Millionen Euro im letzten Jahr. Das ging aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage von Linksfraktionschef im Bundestag Dietmar Bartsch hervor. Demnach konnten die deutschen Stromproduzenten rund 5800 Gigawattstunden des erzeugten Stroms nicht ins Netz einspeisen.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 24.05.2023 | S. 9

📄 Auflage: 9.467 | Reichweite: 31.339

👤 Katharina Degrassi

ENERGIEWENDE UND ZUKUNFTSSORGEN

1500 Teilnehmer für Lubminer Demo angemeldet

Die vierte Demo im Seebad richtet sich gegen LNG, den Krieg und die Regierung.

Am Pfingstmontag wird im kleinen Seebad Lubmin wieder demonstriert. Anmelder und Organisator Thomas Kerl (Ex-AfD) hat 1500 Teilnehmer angemeldet. Er hofft auf mehrere Tausend Teilnehmer.

Es handelt sich bereits um die vierte Kundgebung mit Umzug durch das Seebad seit dem Beginn der Energiekrise im vergangenen Sommer. Es kamen zwischen 700 und 3000 Protestler. Bei der ersten Demo Anfang September forderten die Teilnehmer die Öffnung der Gaspipeline Nord Stream 2. Nachdem die beiden Leitungen vermutlich durch Anschläge teilweise zerstört wurden, änderte sich der Slogan bei späteren Protestveranstaltungen in Reparatur und Öffnung beider Leitungen.

Populäre Forderungen sind zudem ein Ende des Krieges in der Ukraine, ein Stopp von Waffenlieferungen und die Aufnahme von Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Während der letzten Demonstration im November wurden auch Unterschriften gesammelt gegen die Pläne der Deutschen ReGas GmbH in Lubmin Liquid Natural Gas (LNG) anzulanden. LNG ist die von der Bundesregierung begrüßte und unterstützte Alternative zum Gas aus Russland, das aufgrund des Krieges und der Sanktionen gegen Russland nicht mehr fließt.

„Wir lehnen LNG ab“, sagt Thomas Kerl. „Wenn so ein Schiff mit Flüssiggas an Bord untergeht, ist das Wasser über Jahrzehnte verseucht. Die Urlaubsparadiese Rügen und Greifswalder Bodden wären dann dahin“, erklärt der Kommunalpolitiker, der auch in der Greifswalder Bürgerschaft sitzt.

Auf den Werbeplakaten für die Demonstration ist der Schriftzug „LNG“ durchgestrichen, ebenso eine Ampelanlage, die symbolisch für die amtierende Bundesregierung steht. Als weitere Themen sind auf dem Plakat genannt „Frieden - Freiheit, Zukunft - Familie - Tradition, Heimat - Deutschland, Umweltschutz - Nordstream“.

Thomas Kerl betont, dass ganz bewusst ein neues Protestformat gesucht worden sei. Mehrere Punkte stehen diesmal auf dem Plan, „weil es derzeit so viele Probleme gibt, die die Menschen belasten“, erklärt Kerl. „Zu unserem neuen Konzept gehört es, dass ausschließlich junge Menschen sprechen werden“, so Kerl.

Auftakt im Kurpark in Lubmin ist um 13 Uhr. Die Kundgebung beginnt um 14 Uhr. Ab 15 Uhr gebe es einen Umzug in Richtung Industriehafen, wie Thomas Kerl weiter mitteilt.

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 24.05.2023 | S. 22

📄 Auflage: 193.785 | Reichweite: 944.262

👤 Von Gustav Theile, Neckarwestheim

Saunagang am Abklingbecken

Das Atomkraftwerk in Neckarwestheim ist mitten im Rückbau. Drinnen wirkt es, als hätte es die vergangenen 40 Jahre nie gegeben. Und am Abklingbecken fragt man sich, warum über diese Brennelemente die Republik so heftig streitet.

Bitte nicht zu nah ans Abklingbecken gehen, sagt der Chef des Unternehmens. Nicht dass der Helm ins Wasser fällt zu den 665 Brennelementen, die man am Boden des etwa 18 Meter tiefen Pools sieht. Passieren würde dann zwar auch nichts, sagt er. Aber die Prozedur, den Helm zu säubern und zu dekontaminieren, sei einfach recht aufwendig.

Was man beim Rundgang durch das Kernkraftwerk Neckarwestheim zu sehen bekommt, mag so gar nicht zu der hitzigen Debatte über das Thema Atomkraft passen. Die Brennstäbe wirken eher harmlos, wie sie in ihrem Swimmingpool friedlich abkühlen. Der ganze große Zankapfel liegt idyllisch in den Weinbergen, eingerahmt von Kartoffelfeldern auf der einen und dem sich dahinschlängelnden Neckar auf der anderen Seite. Verglichen mit manchen riesigen Fabriken im Südwesten, sieht die Anlage fast niedlich aus. Sie versteckt sich in einem alten Steinbruch, schmiegt sich an dessen Hänge. Das bundeseigene Zwischenlager auf dem Gelände bewahrt die alten Brennelemente in Tunneln auf, die in die Hänge getrieben wurden. Die Reaktor-katastrophen, die der Menschheit so viel Leid zugefügt haben, sind hier weit weg.

Das Kraftwerk besteht aus zwei Blöcken. Der erste, der in den Siebzigerjahren ans Netz ging, wurde kurz nach Fukushima abgeschaltet. Der zweite, der von Ende der Achtzigerjahre an Strom lieferte, gehörte zu den letzten drei deutschen Kraftwerken, die Mitte April dieses Jahres den Betrieb einstellten. Eine Anzeige im Eingangsbereich gibt einen Überblick über die wichtigsten Werte des Kraftwerks. Rückbau läuft seit: 6 Jahren, 3 Monaten und 10 Tagen. Aktuelle Leistung: 0 MW.

Jörg Michels ist der Chef der Kernkraftwerksparte von ENBW. Er arbeitet seit mehr als einem Vierteljahrhundert in der Atomkraft. Lange hat er sich um die Stromerzeugung gekümmert, jetzt steckt er seine Energie in die Abwicklung: "Wir sind eine komplette Rückbaugesellschaft", sagt der Manager. Die gleichen Mitarbeiter,

die die Anlage betrieben haben, kümmern sich nun um den Rückbau. "Die können das am besten", sagt Michels. 600 Konzernangestellte arbeiten noch in Neckarwestheim, dazu kommen einige Hundert Mitarbeiter von spezialisierten Dienstleistern.

Drinnen im Kraftwerk ist es, als hätte es die vergangenen 40 Jahre nie gegeben. An den Wänden hängen Telefone, die heute als retro durchgingen. Baulich erinnert der Weg zum Reaktor an die Treppen, die in den Innenraum eines älteren Schiffs oder eines U-Boots führen. Einen Gang mit spitzem Glasdach nennen sie Toblerone. Es geht durch etliche Schleusen und meterdicke Brandschutztüren. Die Böden sind aus Linoleum, die Wände mit Kunststoff verkleidet und in einem gelblichen Beige gehalten, das früher offenbar nicht nur älteren Semestern gefiel.

Im Vorraum des Reaktorgebäudes werden Besucher von Zigarettengeruch empfangen. Männer, die meisten etwa Mitte fünfzig, manche aber auch deutlich jünger, sitzen in ihrem Aufenthaltsraum an einfachen Tischen, trinken Kaffee, der aus einer in die Jahre gekommenen Kaffeemaschine kommt, und rauchen. Ganz glücklich scheinen sie nicht zu sein über die Besucher. Die Arbeiter tragen orangefarbene Kittel, ihre nackten Füße stecken in Badelatschen. Es wirkt, als würden sie sich bereit machen für den nächsten Saunagang. Auf Schildern steht: "Kontrollbereich. Vorsicht Strahlung."

Denn der Hintergrund ist ernster. Sollte die Kleidung, was höchst unwahrscheinlich ist, im Inneren doch mal kontaminiert werden, sollen die Arbeiter die Strahlung nicht mit nach außen tragen. Deshalb ziehen sie sich vor dem Betreten ihres Arbeitsplatzes komplett aus, tragen im Aufenthaltsraum die orangefarbenen Mäntel, die sie in einem Umkleidebereich, der das Saunamotiv stilecht weiterträgt, durch einen grauen Overall und Spezialschuhe ersetzen. Besucher bekommen einen grünen Kittel, Überziehschuhe, einen knallgel-

ben Strahlenschutzhelm und ein Dosimeter, mit dem für jeden Besucher individuell gemessen wird, ob er Strahlung ausgesetzt war. Wer schwanger ist oder stillt, darf nicht rein. Drinnen zu essen oder zu trinken ist verboten. Auch eine Toilette gibt es nicht.

Im Reaktorgebäude, dem Herzen der Anlage, ist es warm. Auf den Treppen zum Abklingbecken kommt man zwangsläufig ins Schwitzen. Die meisten Arbeiter öffnen ihren grauen Overall so weit, dass auch das Brusthaar gut gekühlt wird. Das Becken in der Mitte unter der riesigen Kuppel ist zwischen 30 und 35 Grad Celsius warm, sagen die ENBW-Mitarbeiter. Das Reaktorbecken nebenan ist leer. Zwischen beiden Becken ist ein Schleusensystem, durch das die Brennstäbe für drei bis vier Jahre zum Abkühlen verlegt wurden. Ein letztes Mal.

Man merkt Michels an, dass er die Funktionsweise des Kraftwerks nicht zum ersten Mal erklärt. Den Reaktordruckbehälter, in dem die Brennelemente die Wärme erzeugen, nennt er einen "überdimensionierten Kochtopf". Der dann im Reaktor erzeugte Dampf wird über Rohre in ein Maschinenhaus geleitet, in dem Hochdruck- und Niederdruckturbinen und ein Generator stehen, der den Strom erzeugt. "Das ist im Prinzip nichts anderes als ein Fahrraddynamo, nur viel größer", sagt Michels. Das Abwasser landet im Neckar.

"Es ist sicher, hier zu arbeiten", sagt Michels im Vorraum des Reaktorbereichs. Piloten, er nennt es "fliegendes Personal", seien durch die kosmische Strahlung höherer Belastung ausgesetzt. Auf dem Weg nach draußen geht es durch drei Sicherheitsschleusen. Die erste sieht aus wie eine Waage beim Arzt und prüft Hände und Füße. Man versenkt die Hände in dafür vorgesehenen Löchern. Auf dem Bildschirm der Waage erscheint eine Anzeige, die Windows-XP-Nostalgie aufkommen lässt: keine Kontamination. Auch das Dosimeter zeigt weiterhin nur Nullen an.

Die anderen beiden Schleusen untersuchen den ganzen Körper. Man stellt sich in eine Kabine, die an die digitalen Einreiseschleusen am Flughafen erinnern, nur aus einem anderen Jahrhundert zu kommen scheinen. Statt des Fingerabdrucks fordert eine weibliche Computerstimme: Linke Hand einlegen, rechte Hand einlegen, näher treten. Die Maschine zählt von 7 bis 1 runter. Kurz fragt man sich, ob man in einem Science-Fiction-Film aus den Siebziger- oder Achtzigerjahren gelandet ist und gleich die Zeitreise beginnt. Dann folgt die nächste Anweisung: Bitte umdrehen! Der gleiche Ablauf noch mal. Wieder keine Zeitreise. Am Ende verkündet die Computerstimme kühl das selbstverständliche wie erleichternde Ergebnis: keine Kontamination.

Der Rückbau dieses Hochsicherheitsmuseums ist aufwendig und streng reglementiert. Für jeden einzelnen Schritt braucht ENBW die Zustimmung der Behörden. Selbst welches Werkzeug eingesetzt werde, sei dort beschrieben, sagt Michels. An einem 3-D-Modell werde das Kraftwerk schon digital rückgebaut. Die Schnitte würden "fast schon millimetergenau" geplant und dann mitunter mit ferngesteuerten Sägen umgesetzt.

Das Material wird dabei immer wieder analysiert: Wie stark ist die radioaktive Belastung? Weniger als ein Prozent seien schwach radioaktive Abfälle, sagt Michels. Insgesamt betrage die Gesamtmasse von Block II aber 800.000 Tonnen. Bis zu 8000 Tonnen radioaktiven Abfalls könnten also anfallen. Kontaminierte Rohre reinigten die Fachleute etwa mit einer speziellen Säure, die die Oberflächenschicht ablöse. Man könne sich radioaktive Partikel wie Staubpartikel vorstellen, sagt Michels. Manchmal lasse sich die Kontamination sogar einfach abwischen. Sitze sie fester, komme eine Art Sandstrahl zum Einsatz. Immer wieder prüfen sie, ob die Bauteile noch kontaminiert sind. Der Rückbau finde von innen nach außen statt, sagt Michels. Bis am Ende nur noch die Gebäudehüllen stehen. Was bleibt, ist ein entkerntes Kernkraftwerk.

Der Ganze ist teuer. ENBW veranschlagt für die Abwicklung seiner fünf Atomkraftwerke aktuell 9 Milliarden Euro. Die Zinsen ließen die Kosten zuletzt ansteigen, sagt Michels.

Und es dauert lange. Mit rund 20 Jahren rechnet ENBW für die Planung und Umsetzung. Das liegt an der Komplexität der Technik und der Bürokratie. Allein die Vorbereitung des Antrages für den Rückbau dauert 1 bis 2 Jahre, der Genehmigungsprozess nimmt 3 bis 4 Jahre in Anspruch, heißt es von ENBW. Insgesamt können 10 bis 15 Jahre vergehen, bis das ganze ehemalige AKW aus dem Atomgesetz entlassen wird. Alle Kraftwerke sind im Rückbau: Obrigheim seit 2008, Philippsburg 1 seit 2011, Philippsburg 2 seit 2019. Neckarwestheim 2 seit diesem Jahr. Neckarwestheim 1 wird seit dem Jahr 2017 rückgebaut.

Im Reaktorgebäude von Block I haben sie eigens eine neue größere Schleuse gebaut, um die riesigen Maschinen sicher aus der Halbkugel zu bekommen. Von der Komplexität sei der Rückbau am ehesten mit dem Neubau eines Atomkraftwerks zu vergleichen, sagt Michels. Die größte Herausforderung sei die Logistik der vielen Arbeiten. Im Leistungsbetrieb, als das Kraftwerk noch Strom erzeugte, habe man jeden einzelnen Schritt schon einmal ausgeführt, um etwa Bauteile auszutauschen oder zu warten. Jetzt geht es um das Zusammenspiel. Auf dem Gelände verwittern in einer Ecke die grauen Dampferzeuger wie schlafende

Riesen vor sich hin. Es sei Präzisionsarbeit gewesen, diese sicher aus ihrer Verankerung im Reaktorgebäude zu heben und dabei gleich zu kippen, um sie an der Decke der Kuppel entlang Richtung Schleuse zu bewegen. Im Reaktorgebäude von Block II sieht man dagegen noch wenig vom Rückbau.

Einfacher gestaltet sich die Entkernung des Maschinenhauses. Die Turbinen und der Generator "können nicht kontaminiert sein", sagt Michels. Geprüft werde das natürlich trotzdem. Die Geräte wiederzuverwenden ergebe keinen Sinn, weil diese nur auf diesen Kraftwerkstyp passten. Er drückt sich um die Formulierung, dass die Maschinen verschrottet würden. Sie würden dem Wertstoffkreislauf zugeführt, sagt er lieber. Es handle sich schließlich um hochwertiges Material, darunter viel Kupfer.

Auch im Maschinenhaus von Block II ist bisher wenig passiert. Fast alles steht noch so wie bis zum Ende des Betriebs Mitte April. Die Halle ist etwa zwanzig Meter hoch und knapp 100 Meter lang. Die Turbinen sind orange wie die Saunamäntel und der Generator von Siemens knallgelb wie die Strahlenschutzhelme.

"Wie Sie sehen, sehen Sie fast nichts", sagt Michels beim Betreten der Halle von Block I, die schon völlig leer geräumt ist. Von oben sieht man, wo die riesigen Maschinen aus der Verankerung im Boden mit einem Stahlbrenner gelöst wurden. In die industrielle Atmosphäre würde eine Technoparty passen. Oder Social-Media-Influencer, die nach "Lost Places", also verwunschenen, verlassen Orten suchen. Nur sind auf dem Gelände zurzeit keine Handys erlaubt. Wie die Gebäude später tatsächlich genutzt werden oder ob sie abgerissen werden, sei noch offen, sagt Michels.

Die Politik bestimmt, was sie hier tun. Als sich die Berliner Ampelkoalition im Herbst nicht einigen konnte, hat ENBW auf eigenes Risiko an der Verschiebung des Rückbaus gearbeitet, sagt Michels. Sechs Wochen bevor sie etwas tun wollen, müssen sie das den Aufsichtsbehörden melden. Hätten sie bis zur Einigung gewartet, hätten sie den Kurzzeitstillstand Anfang Januar nicht mehr umsetzen können, der nötig war, damit das Kraftwerk bis Mitte April Strom liefern konnte.

"Der Moment der Abspaltung war etwas Besonderes. Da braucht man nicht drum herumzureden", sagt ein Kollege von Michels, als er im Reaktor auf das Abklingbecken blickt. Sie haben sich zwar abgefunden mit dem Ausstieg, wollen den Rückbau nun möglichst gut umsetzen. Emotionale Unterstützung ist dennoch notwendig. Die Konzernführung versucht, die Mitarbeiter weiter dazu zu motivieren, ihren Arbeitsplatz nach und nach abzuwickeln. Am Tag des Ausstiegs im April, als die Leistung irgendwann so gering war, dass sich der Generatorschalter ausgeschaltet hat, war der Konzernchef da, um der Truppe zu danken.

Auf die Frage, ob er den Atomausstieg richtig findet, hält sich Michels erst an die Sprachregelung des Konzerns: Es gebe einen klaren politischen Beschluss. "Das Thema ist durch." Ein verantwortungsbewusster Rückbau gehöre zur Energiewende dazu. Die Rückbauzeit seit dem Jahr 2011 sei die "spannendste Zeit seines Berufslebens", sagt er sogar. Und inzwischen wäre ohnehin eine völlig neue Betriebsgenehmigung für das AKW nötig. Wenn man aber nachhakt und ihn fragt, wie er persönlich über den Ausstieg denkt, dann presst er nur die Lippen zusammen. Der Raum denkt sich die Antwort.

